

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Wirtschaftspolitischen Richtungsstreit der Bundesregierung beenden – Für eine echte Wirtschaftswende

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland im Jahr 2024 weiter stark ein. Der IWF korrigierte am 16. April 2024 seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr noch einmal nach unten und stellt uns nun anstelle von 0,5 Prozent nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent in Aussicht (www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/-/2024/04/16/world-economic-outlook-april-2024). Für Deutschland prognostiziert der IWF damit für das laufende Jahr das schwächste Wachstum aller führenden westlichen G7-Industriestaaten.

Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck streiten vor diesem Hintergrund über ein „Dynamisierungspaket“. Bundeswirtschaftsminister Habeck hat – nachdem er zunächst Steuererhöhungen gefordert hatte – nun erkannt, dass die Steuern für Unternehmen gesenkt werden müssen. Er will dazu jedoch auf ein schuldenfinanziertes „Sondervermögen“ zurückgreifen. Bundesfinanzminister Lindner selbst hält eine Einigung für schwierig, Bundesminister Habeck und er kämen aus „unterschiedlichen Denkschulen“ (Interview mit t-online vom 8. Februar 2024).

Der Bundesfinanzminister hat nun – zeitlich passend – vor dem FDP-Bundesparteitag am 27./28. April 2024 ein ganzes Feuerwerk von Ankündigungen und Forderungen platziert, mit dem er laut „DER SPIEGEL“ vom 12. April 2024 Entlastungen für Wirtschaft und Verbraucher in Höhe von deutlich mehr als 20 Milliarden Euro erreichen will. Das Präsidium der FDP hat am 8. und 22. April 2024 dazu noch weitere Forderungen beschlossen (www.fdp.de/uebersicht/beschluesse).

Das Ankündigungsfeuerwerk beinhaltet u. a. folgende Maßnahmen:

- Der Grundfreibetrag in der Lohn- und Einkommensteuer solle rückwirkend zum 1. Januar 2024 erhöht werden.
- Für 2025 und 2026 stellt Christian Lindner weitere Veränderungen bei der Einkommensteuer in Aussicht, indem erneut die sogenannte kalte Progression ausgeglichen werden müsse.

Die Unternehmensteuern sollten baldmöglichst von rund 30 Prozent effektiver Belastung auf Richtung 25 Prozent abgesenkt werden.

- Der Solidaritätszuschlag müsse zumindest stufenweise abgebaut werden.
- Steuervorteile für geleistete Überstunden sollten eingeführt werden.

- Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz solle ausgesetzt werden.
- Ein „Update“ des Bürgergeldes, wobei die Berechnungsmethode des Bürgergeldes auf den Prüfstand gestellt und die Sanktionen für Bürgergeldempfänger, die zumutbare Arbeit hartnäckig verweigern (sog. Totalverweigerer), verschärft werden müssten. Zudem müssten Arbeitsanreize für Bürgergeldempfänger gesteigert und Hinzuverdienstregeln im Bürgergeld im Zusammenspiel mit Kinderzuschlag und Wohngeld leistungsgerechter gestaltet werden.

Vertreter der anderen Ampelfraktionen kommentierten diese Forderungen sogleich ablehnend. So sagte beispielsweise der Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch: „Steuersenkungen für die Reichsten des Landes haben keine Priorität.“ SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich kritisierte, die Vorschläge aus der FDP seien ein „Überbleibsel aus der Mottenkiste“.

Wieder zeigt sich, dass die Ampelregierung zerstritten und nicht handlungsfähig ist. Ein kräftiges und konzentriertes Paket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist damit nicht zu erwarten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen hat klare Vorschläge für ein Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft vorgelegt (Bundestagsdrucksache 20/10371), nachdem der Anfang Februar versandte Brief des Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz und des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden Alexander Dobrindt an den Bundeskanzler mit zwölf konkreten Maßnahmen unbeantwortet blieb. Am 18. März 2024 hat der Bundesvorstand der CDU Deutschlands ferner ein Konzept für eine neue Grundsicherung vorgestellt, das die Vermittlung in Arbeit in den Mittelpunkt stellt.

Mehrere der darin benannten Punkte hat die FDP in ihren o. g. Präsidiumsbeschlüssen nun übernommen. Es wäre entscheidend, dass die FDP jetzt auch tatsächlich mitwirken würde, wenigstens einen Teil dieser Punkte zügig voranzubringen, um unser Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Wenn es Bundesfinanzminister Lindner ernst damit ist, eine echte „Wirtschaftswende“ herbeizuführen und nicht nur ein Show-Feuerwerk vor dem Bundesparteitag der FDP abzubrennen, sollte die Ampelregierung zügig Entlastungen von Unternehmen und Verbrauchern umsetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zeitnah echte Entlastungen für Betriebe sowie Bürgerinnen und Bürger umzusetzen, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Dazu gehört es mindestens,

1. den Solidaritätszuschlag zumindest stufenweise zu streichen;
2. die Steuern auf einbehaltene Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent zu senken;
3. den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum in gleichem Maße wie das Bürgergeld anzuheben;
4. Arbeitsanreize für Mehrarbeit zu setzen und dafür Steuervorteile für geleistete Überstunden einzuführen;
5. zeitnah die kalte Progression für die Jahre 2025 und 2026 auszugleichen;
6. die Vermittlungsbemühungen der Jobcenter in Zeiten umfassenden Arbeitskräftemangels zu stärken, stärkere Sanktionen bei verweigerter Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug einzuführen sowie die Hinzuverdienstregeln im Bürgergeld im Zusammenspiel mit Kinderzuschlag und Wohngeld leistungsgerechter zu gestalten;

7. das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auszusetzen. Das nationale Lieferkettengesetz ist bis zum Inkrafttreten der EU-Lieferkettenrichtlinie und bis zu dessen Ersetzung durch das Umsetzungsgesetz der EU-Lieferkettenrichtlinie vollständig auszusetzen.

Berlin, den 23. April 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

